

Ralf Fücks

Stuttgart 21 und die Zukunft der Demokratie

**Jahrestagung der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg
Stuttgart, 16. Oktober 2010**

Es gibt in diesen Tagen keinen besseren Ort als Stuttgart, um über die Zukunft der Demokratie nachzudenken. Die Republik schaut auf diese Stadt, anfangs etwas ungläubig und verblüfft über den aufwallenden Massenprotest, dann zunehmend fasziniert.

Hier geht es nicht nur um ein umstrittenes Bahnprojekts, sondern um Grundfragen der Demokratie: es geht um Legalität und Legitimität, um repräsentative Demokratie und Bürgerprotest und um neue Formen der Konfliktmoderation, die gerade unter Regie von Heiner Geissler erprobt werden. Zugespißt kann man sagen, dass im Konflikt um Stuttgart 21 die zentrale Frage der Demokratie neu verhandelt wird: die Frage nach der Volkssouveränität. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, sagt das Grundgesetz. Aber was, wenn die politische Macht gegen den Willen eines Großteils der Bürgerschaft steht?

Der 30. September, als die Staatsgewalt zu Stuttgart ihre harte Faust auf einen gewaltfreien Massenprotest niedersausen ließ, war ein Wendepunkt: statt ihre Autorität gewaltsam durchzusetzen, setzte sich die Landesregierung vollends ins Unrecht. In einer modernen Demokratie reicht es eben nicht aus, wenn die Regierung über eine parlamentarische Mehrheit plus Polizeihundertschaften verfügt, um die Anerkennung ihrer Entscheidungen zu erzwingen. „Der Widerstand gegen eine demokratisch getroffene Entscheidung ist undemokratisch“ – dieser Satz, der in den ersten Wochen des Protests ständig zu hören war, ist inzwischen verstummt. Das ist auch gut so. Denn er verkürzt die Volkssouveränität darauf, die politische Macht an gewählte Repräsentanten zu delegieren, die fortan die alleinige Entscheidungsgewalt haben sollen. Nach dieser Logik ist demokratisch, was von gewählten Mehrheiten beschlossen wurde, basta. Wir leben aber nicht mehr in einer Basta-Demokratie, den 68ern sei Dank. Die Leute haben die Sonntagsreden vom mündigen Bürger ernst genommen. Sie geben sich nicht mehr damit zufrieden, alle paar Jahre die Inhaber der politischen Gewalt zu wählen. Wer gewählt wird, hat ein politisches Mandat, aber keinen Blankoscheck.

Das Volk verlässt sich auch nicht mehr auf die Autorität der Experten, die von der Staatsmacht ins Feld geführt werden: die Anti-Atombewegung war schon vor 30 Jahren ein Musterbeispiel, wie sich eine oppositionelle Bewegung selbst sachkundig macht und Gegenexpertise mobilisiert. Eine Protestbewegung wie in Stuttgart versammelt locker die Fachkompetenz, um es mit der Verwaltung und dem Bahnvorstand aufzunehmen.

Es zeichnet eine lebendige Demokratie aus, dass politische Legitimation nicht nur über Verfahren entsteht, sondern sich in der Sache selbst beweisen muss. Die Bürgerinnen und Bürger beanspruchen inzwischen ein Veto-Recht gegen Beschlüsse der politischen Gremien. Die geregelte Form dieses Veto-Rechts ist der Volksentscheid. Das haben die Grünen in Hamburg gerade schmerzhaft erfahren. Die unregelte Form ist der außerparlamentarische Protest. Wenn er genügend Rückhalt in der Gesellschaft hat, kommt die Regierung in ein Dilemma: entweder sie bläst noch rechtzeitig zum Rückzug oder sie zahlt spätestens bei der

nächsten Wahl einen hohen Preis für ihre Sturheit. Wohl gemerkt: es ist eine Tugend, wenn Politiker ihr Fähnchen nicht nach dem Wind hängen, sondern für ihre Überzeugungen einstecken, auch wenn ihnen der Wind ins Gesicht bläst. Wer allerdings trutzig an einer unvernünftigen Sache festhält, macht sich eher zum Don Quichotte als zum Martin Luther.

Hier kommen wir in schwieriges Fahrwasser. Ist es ein Beweis politischer Führungskraft, wenn Regierungen gegen massenhafte Proteste an einer einmal getroffenen Entscheidung festhalten, oder ist es nur törichte Rechthaberei? Ist Sarkozy trotz alledem im Recht, wenn er dem Aufruhr gegen die Verschiebung der Pensionsgrenze von 60 auf 62 Jahre widersteht? Hat sich Helmut Schmidt doch als weitsichtiger Realpolitiker bewiesen, als er den NATO - Nachrüstungsbeschluss gegen massiven Widerstand durchsetzte? Ich war ja auch im Bonner Hofgarten, als Petra Kelly, Heinrich Böll und mehrere Hunderttausend Demonstranten gegen die Aufrüstungsspirale demonstrierten. Das hat Schmidt nicht besonders beeindruckt. Für ihn standen Bündnistreue und militärische Nicht-Erpressbarkeit höher als die innere Opposition.

Die Frage, wo politisches Stehvermögen in Arroganz umschlägt, hängt an vielen Faktoren: an der Glaubwürdigkeit der Argumente, mit denen eine Regierung ihre Sache vertritt, an ihrer Dialogfähigkeit und natürlich an der Sache selbst. Es gibt ernsthafte Entscheidungen, für die eine parlamentarische Mehrheit ihre Abwahl riskieren muss, und es gibt Situationen, bei denen Standhaftigkeit zur Torheit wird. Das ist regelmäßig der Fall, wenn eine einmal eingeschlagene Politik auf völlig veränderte Umstände stößt. So ist es der FDP ergangen, als sie stur an ihrem Steuersenkungs-Mantra festhielt, obwohl die Lage der Staatsfinanzen dafür keinen Spielraum mehr ließ. So geht es auch den Befürwortern von „Stuttgart 21“, einem Projekt, das finanziell und verkehrspolitisch aus der Zeit gefallen ist.

Es beschädigt die Demokratie, wenn die Regierenden den Eindruck verstärken, dass „die da unten“ gegen „die da oben“ sowieso nichts ausrichten können, dass politisches Engagement gegen die Arroganz der Macht keine Chance hat. Wenn Regierungen sich verrannt haben, zeigt sich politische Weisheit in der Kunst des Rückzugs. Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht hatte das begriffen, als er angesichts des massenhaften Widerstands den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben für „politisch nicht durchsetzbar“ erklärte. Er entschied sich dafür, den Landfrieden wiederherzustellen – ein altertümlicher, aber hoch aktueller Begriff. Der Landfrieden kann nämlich nicht nur von protestierenden Bürgern gebrochen werden, sondern auch von Regierungen, obwohl die dafür in der Regel nicht vor den Kadi gezogen werden.

Der Bürgerprotest gegen Stuttgart 21 wirkt heute schon als Vitaminstoß für die Demokratie. Er ermutigt, sich einzumischen, Partei zu ergreifen, seine Bürgerrechte wahrzunehmen, an die Veränderbarkeit der Politik zu glauben. In alledem ist er ein Gegengift zur schleichenden Erosion der Demokratie, zur Abwendung der Bürger von den Institutionen, zum Legitimationsverlust von Parlamenten und Regierungen. Genau diese Tendenzen beschrieb der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch mit dem Begriff der „Postdemokratie“: die demokratischen Institutionen bleiben bestehen, die Parteien führen Wahlkampf, der Parlamentsbetrieb läuft weiter – aber hinter den Fassaden bröckelt die Substanz, die Distanz zwischen politischer Klasse und Gesellschaft wächst, die Demokratie wird zu einer bloßen Formsache.

Für die Legitimationskrise der Parteiendemokratie gibt es viele Gründe. Die zunehmende Auswanderung politischer Entscheidungen aus dem Nationalstaat gehört dazu. Supranationale Gremien sind schwer durchschaubar und noch schwerer zu beeinflussen. Einerseits zwingt die Globalisierung der Wirtschaft auch zur Globalisierung der Politik, gleichzeitig verdünnen sich demokratische Öffentlichkeit und Kontrolle in der internationalen Sphäre. Das gilt auch für die EU, trotz der lobenswerten Stärkung des europäischen Parlaments und der Bürgerrechte im Lissabon-Vertrag.

Die Zweifel wachsen, ob die parlamentarischen Demokratien den großen Herausforderungen unserer Zeit gewachsen sind: Klimawandel, Alterung der Gesellschaft, Staatsverschuldung und Kontrolle der internationalen Finanzmärkte. Es ist ja nicht von der Hand zu weisen, dass die Parteienkonkurrenz um Wählerstimmen eine Tendenz erzeugt, das langfristig Notwendige auf dem Altar kurzfristiger Vorteile zu opfern. Stimmenfang durch fahrlässige Versprechen, Flucht in die Staatsverschuldung, populistische Demagogie und gegenseitige Herabsetzung sind Gebrechen des parteipolitischen Betriebs, die wir nur allzu gut kennen. Gleiches gilt für den Einfluss finanzstarker Lobbys auf die Gesetzgebung. Die jüngste Gesundheitsreform der noch amtierenden Bundesregierung ist ein schlagendes Beispiel für diese Verklammerung politischer Entscheidungen mit ökonomischen Interessen.

Die elektronischen Medien tragen das ihre zur Verächtlichmachung von Politik und Politikern bei. Das Internet hat viele Gesichter. Es vervielfacht die verfügbaren Informationen, öffnet neue Kommunikationskanäle und ermöglicht selbstorganisierte Gegenöffentlichkeit. Zugleich befördert es die Tendenz zur Skandalisierung von Politik. Das Netz ist auch ein Verstärker für Verschwörungstheorien und Ressentiments aller Sorten. Wer etwa die Leserkommentare auf „spiegel online“ liest, bekommt den Eindruck, dass die politische Klasse bei einer großen Zahl von Frustrierten als eine einzige kriminelle Vereinigung gilt. Solche Stimmen sind auch in jeder Protestbewegung zu hören, und wir sollten uns davor hüten, sie zu schüren, solange sich der Volkszorn nur gegen die „Richtigen“ richtet: der Furor gegen „die Politiker“ kann allzu leicht die Richtung wechseln.

Das Ende des Kalten Krieges schien gleichbedeutend mit dem Sieg des westlichen Demokratiemodells. Inzwischen, etliche Kriege und Krisen später, entwickelt sich eine neue Systemkonkurrenz zwischen liberalen Demokratien und autoritären Regimes: welches System ist effektiver, gewährleistet mehr Wohlstand und Sicherheit für die Bevölkerung – das amerikanische, das europäische oder das chinesische, das weitgehende wirtschaftliche Freiheit mit strikter politischer Kontrolle verbindet?

Die Idee der „*gelenkten Demokratie*“ und einer autoritären Ordnung hat ihre Anhänger in Russland wie in Asien, in der arabischen Welt, unter Islamisten wie Staatssozialisten. Dass in China in den letzten 20 Jahren Hunderte Millionen Menschen aus bitterer Armut zu bescheidenem Wohlstand aufgestiegen sind, wiegt für viele schwerer als politische Repression, Zensur und Willkürjustiz. Auch hierzulande hört man Bewunderung für die Effizienz des chinesischen Systems, in dem Großprojekte Ruck-Zuck umgesetzt werden, statt sich mit Umweltverträglichkeitsprüfungen, Bürgerbeteiligung und parlamentarischen Kompromissen herumplagen zu müssen. Es gibt nicht nur in der Wirtschaft den Wunsch nach der starken Hand, die durchregiert und Ordnung schafft. Aus Parteienverdross kann schnell Demokratiemüdigkeit werden.

Es ist wahr, Demokratie ist zeitaufwendig und anstrengend, und Kompromisse sind selten mitreißend. Aber gerade in den Checks & Balances einer Demokratie, in der Gewaltenteilung, dem Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition und dem Protestpotential der Zivilgesellschaft liegt die beste Gewähr gegen gravierende Fehlentwicklungen – oder zumindest die beste Chance, sie wieder zu korrigieren. Vor allem aber: es ist tausendmal erfreulicher, in einer freiheitlichen Ordnung zu leben als in einem autoritären Staat. Aber auch die parlamentarische Demokratie muss sich wandeln, wenn sie sich erhalten will. Sie muss partizipativer und dialogischer werden, den Eigensinn und die Sachkompetenz der Bürger respektieren. Sie wird sich mit plebiszitären Interventionen arrangieren müssen, die Entscheidungen in die Hände der Bürgerschaft legen. Und sie muss sich als überlegene Staatsform beweisen, wenn es um Gerechtigkeit und soziale Teilhabe geht.

Politische Bildung zählt zu den zentralen Voraussetzungen jeder demokratischen Kultur. Demokratie braucht Demokraten, das klingt banal und ist doch alles andere als selbstverständlich, wie der Untergang der Weimarer Republik gezeigt hat. Sie braucht informierte, selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger, offene Debatten und kreative Denkräume. Politische Stiftungen sind solche Räume, in denen Demokratie gelernt werden kann. Sie bieten Orientierungswissen, verhelfen zu einem eigenen Standpunkt und ermutigen dazu, selbst aktiv zu werden. Politische Stiftungen sind Mittler zwischen Parteien, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Sie spiegeln den politischen Pluralismus der Bundesrepublik und bringen Weltwissen und internationale Debatten nach Deutschland. Sie sind ein Ort, an dem über den berühmt-berüchtigten Tellerrand der Tagespolitik hinaus gedacht werden kann. Mit einem Wort: wenn es die politischen Stiftungen nicht gäbe, müsste man sie erfinden.

Wie gut, dass es die Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg schon gibt, und das seit 30 Jahren! Herzlichen Glückwunsch – bleibt querköpfig, kreativ, grün und unabhängig!